



DEMOKRATIE

E-PAPER

Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland

MANUELA LÜCK

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Februar 2017.

Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Wer und was ist die AfD? Ein kurzer Überblick	4
Welche kulturpolitischen Vorstellungen hat die AfD?	6
„Deutsche Leitkultur“ vs. „Multi-Kulti“	7
Die „deutsche Volksgemeinschaft“	10
Kulturpolitische Programmatik	12
Kulturpolitische Praxis – Kulturmanagement	15
Kulturpolitik in der parlamentarischen Praxis	18
Zusammenfassung	19
Autorin	21
Impressum	22

Wer und was ist die AfD?

Ein kurzer Überblick

Im Jahr 2013 hat eine neue Akteurin die politische Bühne der Bundesrepublik betreten und das Parteiensystem verändert – die Alternative für Deutschland (AfD). Zur Bundestagswahl 2013 verpasste die Partei mit 4,7% knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag. Bereits acht Monate später, im Mai 2014, zog sie mit sieben Abgeordneten in das Europäische Parlament und in die Landesparlamente von Brandenburg (12,2%), Sachsen (9,7%) und Thüringen (10,6%) ein. Ihre bisher schlechtesten Ergebnisse erzielte die AfD mit den Wahlen in der Hansestadt Bremen (5,5%)¹ und der Hansestadt Hamburg (6,1%). Mit den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt (24,3%), Baden-Württemberg (15,1%), Rheinland-Pfalz (12,6%), Mecklenburg-Vorpommern (20,1%) und Berlin (14,2%) sind zweistellige Ergebnisse für die Partei zu verzeichnen. Die Alternative für Deutschland ist damit in allen Landesparlamenten im Osten der Bundesrepublik und in 10 von 16 Landesparlamenten vertreten. In Sachsen-Anhalt, wo sie ihr bisher bestes Ergebnis erreichte, stellt die AfD mit 25 Abgeordneten die derzeit stärkste Landtagsfraktion, die größte Opposition und seit dem 30. September 2016 auch den Landtagsvizepräsidenten.² In Mecklenburg-Vorpommern wurde die AfD zweitstärkste Kraft hinter der SPD und ist ebenfalls größte Opposition mit 18 Abgeordneten.

Vor knapp drei Jahren als eurokritische Partei mit wirtschaftsliberalem Anspruch und unter dem Eindruck der „Euro-Krise“ gegründet, vollzog die AfD auch unter dem Einfluss der späteren Vorsitzenden Frauke Petry einen rasanten Wandel hin zu einer rechtspopulistischen und nationalkonservativen Partei. Erst im April 2016 hat sich die AfD ein Grundsatzprogramm³ gegeben.

-
- 1 Die Fraktion hat sich inzwischen gespalten, benannte sich mehrfach um und besteht derzeit aus einem Abgeordneten. Ähnliches ist in Hamburg zu beobachten, wo ein Abgeordneter die Fraktion inzwischen verlassen hat.
 - 2 Die Wahl Willi Mittelstädt erfolgte im zweiten Wahlgang, nachdem im ersten die erforderliche Mehrheit der Stimmen fehlte. Vgl. Mitteldeutsche Zeitung vom 30. September 2016: „Mittelstädt nun doch Vizepräsident“, <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/landespolitik-sachsen-anhalt/landtag-afd-mann-willi-mittelstaedt-nun-doch-zum-vize-praesidenten-gewaehlt-24830674>. Vgl. auch Homepage des Landtages von Sachsen-Anhalt <http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2016/willi-mittelstaedt-ist-landtagsvizepraesident/>
 - 3 Vgl. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, hier abrufbar: https://www.alternativefür.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

Galt die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich als „weißer Fleck“ in der Landschaft der rechtspopulistischen Parteien, ist dies mit dem Erscheinen und der Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem hinfällig geworden. Bereits seit den 80er Jahren gibt es einen erstarkenden und sich etablieren Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Da sind beispielsweise der *Front National* in Frankreich, *PiS* in Polen, *Jobbik* und *Fidesz* in Ungarn, *UKIP* in Großbritannien oder auch die *FPÖ* in Österreich und *Lega Nord* in Italien. Konnten sich in Deutschland rechte Parteien wie die *NPD*, *Die Republikaner* oder *DVU* nur bedingt erfolgreich etablieren – trotz des kurzzeitigen Verweilens in einigen Landesparlamenten,⁴ ist dies mit dem Erfolg der AfD neu zu bewerten. Ihre größten Wahlerfolge erzielt die Partei bisher in den östlichen Bundesländern, wo sie seit 2016 in allen Landesparlamenten vertreten ist. Während die AfD in den westlichen Bundesländern eher rechts- und nationalkonservative Wähler anspricht, positioniert sie sich im Osten offen als völkisch-nationale und zunehmend rechtsextreme Partei, zu deren Hauptprotagonist/innen Björn Höcke, Alexander Gauland, André Poggenburg und Frauke Petry gehören. Es sind personelle und ideelle Verbindungen zu den sogenannten *Neuen Rechten*⁵ zu beobachten, insbesondere zum rechtsintellektuellen *Institut für Staatspolitik* in Schnellroda mit seinem Leiter Götz Kubitschek sowie zur *Pegida*-Bewegung, zur *Patriotischen Plattform*⁶ und zur rechts-extremen Gruppe der *Identitären Bewegung*, eine 2012 nach französischem Vorbild gegründete Jugendbewegung, die seit kurzem vom Verfassungsschutz und Landesverfassungsschutz Sachsen-Anhalt beobachtet wird.

Die AfD ist seit den Landtagswahlen 2016 in allen ostdeutschen Bundesländern vertreten. Sie ist in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stärkste Opposition. Sie hat sich seit ihrer Gründung von einer euro-skeptischen zur rechtspopulistischen und nationalkonservativen Partei mit Verbindungen zu extrem rechten Gruppierungen gewandelt.

-
- 4 Bsp. NPD im Landtag von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt oder Republikaner in Bayern.
 - 5 Zu den sogenannten „Neuen Rechten“ gehört u.a. Götz Kubitschek, Verleger und Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda. Im November 2016 wollte der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht (CDU), an einer Podiumsdiskussion im Theater Magdeburg unter dem Titel „Falsch abgebogen – Rechtsruck in Sachsen-Anhalt und Europa“ mit Kubitschek teilnehmen, was Ministerpräsident Rainer Haseloff untersagte. Hier offenbaren sich Fragen im Umgang mit den Neuen Rechten: öffentlicher Diskurs oder nicht?
 - 6 Die „Patriotische Plattform“ ist eine neurechte Gruppierung, der u.a. Hans-Thomas Tillschneider, MdL und bis vor kurzem auch Gottfried Backhaus, MdL, angehören.

Welche kulturpolitischen Vorstellungen hat die AfD?

In der Kulturpolitik verfolgt die AfD eine Strategie der Politisierung und Re-Nationalisierung von Kunst und Kultur und ihrer Abgrenzung nach außen und innen. Grundlegend für die kulturpolitischen Auffassungen der AfD sind ein exklusiver Kulturbegriff, die vermeintliche Trennung von „Eigenem“ („Heimat“, „Identität“, „deutsche Leitkultur“) und „Fremden“ („Multi-Kulti“) sowie eine mythische Überzeichnung von „Volk“ und „Nation“.

In den folgenden Abschnitten werden zunächst einige häufig auftauchende Begriffe analysiert, die für die kulturpolitischen Vorstellungen der AfD zentral sind und in den Wahlprogrammen und öffentlichen Äußerungen eine maßgebliche Rolle spielen. Ein zweiter Schritt wirft einen Blick auf die bisherige kulturpolitische und parlamentarische Praxis. Sieht man sich die Landtagswahlprogramme, das Grundsatzprogramm sowie öffentliche Äußerungen zur Kulturpolitik der AfD an, dominieren vor allem folgende Begriffe und Schlagworte: „deutsche Leitkultur“, „Ideologie des Multikulturalismus“, die „Nation als kulturelle Einheit“, die „Bewahrung von kultureller Identität“, „kulturelles Erbe“ oder „Multikulturalismus“. Es finden sich nur sehr wenige Aussagen zur kulturpolitischen Praxis oder zum Kulturmanagement – hier sind die Wahlprogramme Thüringens, Sachsen und Sachsen-Anhalts zu nennen. In einem dritten Abschnitt wird die parlamentarische Arbeit wie Kleine und Große Anfragen, aktuelle Debatten, Anträge in den Landesparlamenten untersucht, wo die AfD bereits einige Zeit agiert.⁷

⁷ Berlin und Mecklenburg-Vorpommern entfallen hier, da zum Zeitpunkt des Verfassens des Beitrags die Konstituierung des Landtages bzw. der Bezirksverordnetenversammlung nur wenige Monate her ist.

„Deutsche Leitkultur“ vs. „Multi-Kulti“

Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es: „Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“⁸

Die deutsche Nation wird als statische und in sich homogene (reine) kulturelle Einheit und Wertegemeinschaft gedacht und gleichgesetzt, die von einer anderen Kultur, die bewusst (von einer anderen höheren Macht) „importiert“ wurde, bedroht wird. Um welche „importierte“ Kultur es sich handelt, bleibt unklar und eröffnet einen Raum für Zuschreibungen. Die AfD impliziert, dass es eine Zugehörigkeit zur deutschen Nation gibt, die sich ausschließlich auf kulturelle Aspekte bezieht und nicht allein auf die Staatsangehörigkeit. Eine kulturelle Definition der „deutschen Nation“ und einen Schritt weiter des „deutschen Volkes“ schließt somit all jene aus, die diese Zuschreibungen nicht auf sich vereinen – wie auch immer diese aussehen, da sie von der AfD nicht näher definiert werden. Da sich hier – auch für die AfD – eine Art Deutungsleere öffnet, muss sie ihren Ansatz historisch und mythisch überhöhen. Die „deutsche Leitkultur“ speist sich nach Ansicht der AfD aus drei Quellen: „erstens die religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt.“⁹ Diese historischen Leitlinien sind eine verkürzte und bewußt auslassende Darstellung der vielfältigen kulturellen Wurzeln der europäischen Gesellschaften. Keine Erwähnung finden beispielsweise das umfangreiche jüdischen Erbe und die Einflüsse der arabischen Welt, aber auch nicht der Zivilisationsbruch Holocaust, der Kolonialismus, die Diktaturen in Mittel- und Osteuropa, die Entstehung des Kapitalismus und Nationalismus und vieles andere.

Die AfD Sachsen-Anhalt spricht in ihrem Wahlprogramm von einem „fehlenden Mut zur deutschen Leitkultur“¹⁰ und im Grundsatzprogramm „bekennt man sich zur deutschen

⁸ Vgl.: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S. 47

⁹ Ebd.

¹⁰ AfD Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S. 20

Leitkultur.“¹¹ Diese „deutsche Leitkultur“, die nicht näher definiert oder ausgeführt wird, wird als Gegensatz zur „Internationalisierung aller Lebensbereiche“, zur „Ideologie des Multikulturalismus“¹² bzw. zu „importierten kulturellen Strömungen“ dargestellt, die nicht Ausdruck einer gewachsenen kulturellen europäischen Vielfalt sind, sondern als fremdartige Bedrohung wahrgenommen werden.

Die AfD versteht unter „deutscher Leitkultur“ die Gegenüberstellung mit einer nicht näher definierten fremdartigen und nicht integrierbaren Kultur („Multi-Kulti“), von der sich die vermeintliche „deutsche“ Kultur zu schützen und abzugrenzen habe. Die „deutsche Leitkultur“ wird als dominierend und überlegen dargestellt, der sich andere Kulturen unterzuordnen und anzupassen haben. Es wird eine imaginierte „deutsche Kultur“ in einen überzeitlichen identitären homogenen Kontext gestellt, die den anderen Nationen und Kulturen überlegen ist. Unterschiedlichkeit und Pluralität werden ablehnt.

Der Begriff der „deutschen Leitkultur“ ist wie viele andere, die die AfD verwendet, kein neuer, sondern wurde bereits in den 2000er Jahren im Rahmen von Zuwanderung und Integration lebhaft diskutiert und erlebt derzeit eine Renaissance. Angestoßen wurde die Debatte vom damaligen Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz, der forderte, dass Zuwanderer, die auf Dauer in Deutschland bleiben wollen, sich der „gewachsenen freiheitlichen deutschen Leitkultur“¹³ und „an die in diesem Land gewachsenen kulturellen Grundvorstellungen anzupassen“ hätten. Der Politikwissenschaftler Bassam Tibi erklärte damals, die Selbstzuschreibung als „deutsche Kulturnation“ schließe Zuwanderer anderer Ethnien und Kulturen zunächst aus und verlange von ihnen daher einen kulturellen Wandel, damit sie die Fähigkeit zur Integration erlangen. Bassam Tibi, Jürgen Habermas und weitere plädierten im Rahmen dieser Debatte für eine europäische Weitung des Leitkultur-Begriffs als Wertekonsens mit Demokratie, Pluralismus und Toleranz. Die derzeitige Diskussion und auch jene vor knapp 15 Jahren erscheint doch immer im Kontext von Zuwanderung und Integration und fragt nach den Grundlagen des Zusammenlebens, die ihre Basis im Grundgesetz finden. CDU und CSU verwenden den Begriff der „deutschen Leitkultur“ ebenfalls und er ist seit 2007 in ihrem Grundsatzprogramm verankert. Die CDU Sachsen erweiterte den Begriff der „deutschen Leitkultur“ im September 2016 um den der „Rahmenkultur“.

¹¹ Vgl.: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S. 47

¹² Ebd.

¹³ Friedrich Merz, Bundestagsrede am 16. Oktober 2000.

Jegliche Versuche, eine wie auch immer geartete „Leitkultur“ zu definieren, können nur ins Leere laufen, da sie dem grundsätzlichen pluralistischen Charakter von Kultur zuwider laufen. Kultur schafft Zugehörigkeit, ein Bewusstsein der Herkunft und Verortung, ist Diskussionsraum und Vergewisserung der gesellschaftlichen Werte und war immer geprägt von Austausch und Vielfalt. Kultur, kulturelle Entwicklungen oder kulturelle Ausdrucksformen lassen sich weder steuern oder planen, noch in ein politisches Konstrukt pressen bzw. für politische Ideen vereinnahmen. Hier schließt sich ein zweiter Begriff an, der des „deutschen Volkes“, der „Volksgemeinschaft“.

Die „deutsche Volksgemeinschaft“

Grundlegend für das Selbstverständnis der AfD ist das „deutsche Volk“. Sie beruft sich darauf, allein den Willen des „deutschen Volkes“ gegenüber den „etablierten Parteien“ oder den Medien („Lügenpresse“) zu vertreten. Das „Volk“ bzw. die „Volksgemeinschaft“¹⁴ werden als homogene politische Subjekte verstanden, deren „Wille“ nur von der AfD erkannt und umgesetzt wird. In der Vorstellung der AfD und den ihnen nahe stehenden Bewegungen wie der *Identitären Bewegung*, wird von einem hegemonialen Mandat des „Volkes“ gegenüber Parlament und Medien ausgegangen und ihre Institutionen abgelehnt. Tatsächlich sind demokratische Gesellschaften pluralistische Gebilde mit einer Vielzahl von Interessen, einen einheitlichen „Volkswillen“ kann es nicht geben. Die Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ wird für die AfD jedoch nicht durch die Staatsangehörigkeit bestimmt, sondern durch nicht näher definierte kulturelle Kriterien: Grundlegend ist die Vorstellung einer ethnischen und kulturellen Homogenität des deutschen Volkes, die es bereits vor der Nationenbildung gegeben habe und die geschützt und verteidigt werden müsse.

Die AfD verfolgt dabei eine Strategie der gezielten Provokation, Enttabuisierung und „Wortergreifung“. Die AfD nutzt gesellschaftliche Diskurse und Debatten, um gezielte Provokationen und Tabubrüche zu erproben, um sie dann nach der einkalkulierten medialen Empörung als Distanzierung zurückzunehmen und so die Grenzen des „politisch Sagbaren“ immer weiter aus dem demokratischen Konsens zu verschieben.

Es gelingt der AfD im Zusammenspiel mit der einkalkulierten medialen Erregung, die politische Debatte immer weiter zu radikalisieren. Die AfD schafft sich so ihren eigenen Resonanzraum, den sie selbst immer wieder bedient. Als ein Beispiel dafür kann die Diskussion im September 2016 dienen, als Frauke Petry in einem Interview erklärte, dass man den Begriff „völkisch“ wieder positiver besetzen müsse, da er lediglich ein Attribut zu „Volk“ sei.¹⁵ „Völkisch“ war einer der zentralen Begriffe der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus, der Völker und Volksgruppen als ethnisch und kulturell homogen ansah und darüber hinaus das Volk als gewachsene Gemeinschaft oder als Körper verstand. Eine völkische Gemeinschaft suggeriert außerdem einen einheitlichen Willen des

¹⁴ Der Begriff „Volksgemeinschaft“ wurde von André Poggenburg im Dezember 2015 in einem Facebook-Post benutzt.

¹⁵ Vgl. Interview in Die Welt am Sonntag, 11. September 2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158049092/Petry-will-den-Begriff-voelkisch-positiv-besetzen.html>

Volkes, der von der Politik („die da oben“, „etablierte Systemparteien“) systematisch „verraten“ wurde („Volksverräter“), die nun vertrieben werden müsse. Genau solche Vorstellungen finden sich in Aussagen und Programmen der AfD wieder.

Die AfD vertritt ein nationalkonservatives und rückwärtsgewandtes Kulturverständnis, das ausschließlich dem Bewahren vermeintlich einheitlicher kultureller Eigenheiten des „deutschen Volkes“ dient. Sie propagiert eine „deutsche Leitkultur“ und versteht die deutsche Nation als Gemeinschaft, die kulturell und ethnisch völlig gleich sein muss. Vermeintliche Tabubrüche und provozierende Begriffe wie „völkisch“ sollen die politische Debatte zugunsten der AfD verschieben.

Kulturpolitische Programmatik

In den Landtagswahlprogrammen finden sich neben programmatischen Aussagen auch konkrete kulturpolitische Ziele. Das Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt sticht dabei mit besonders autoritären Ansichten zur Kulturpolitik und Forderungen nach staatlicher Zensur von Kunst und Kultur heraus. Von den Museen, Orchestern und Theatern im Land wird die „Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern“¹⁶ verlangt, wenn die „Bühnen des Landes Sachsen-Anhalt neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen.“¹⁷ Wie diese Identifikation erfolgen soll, erläuterte der kulturpolitische Sprecher Hans-Thomas Tillschneider in einem TV-Interview: Die deutschen (!) Stücke müssten beim Zuschauer „ein gutes Gefühl für deutsche Geschichte hinterlassen [...].“¹⁸ Weiter fordert er ein „Bekenntnis zu Strenge, Form und Stil“ und lehnt die „Formlosigkeit, die keinen Begriff für Stil kennt“ ab, denn sie habe „keine echte Ästhetik“.¹⁹ Kunst und Ästhetik sollen nach dem Willen der AfD im Sinne einer positiven nationalen Identitätsfindung instrumentalisiert werden. Dass die AfD es mit dieser Aussage ernst meint, zeigt eine Diskussion im November 2016, als im Anhaltischen Theater Dessau ein Theaterstück („Das Fremde so nah“) von deutschen und syrischen Jugendlichen aufgeführt wurde und der AfD-Abgeordnete Gottfried Backhaus äußerte: „Das ist ein manipulatives Theater-Projekt, das darauf abzielt, Jugendlichen den Sinn für die Differenz zwischen dem Eigenen und dem Fremden abzuerziehen. Das kann doch nicht Sinn unserer Theater sein“,²⁰ und ergänzt weiter „das Theater muss ganz einfach wieder zu einem volks-

16 AfD Landtagswahlprogramm Sachsen-Anhalt, S. 20

17 Vgl. ebd. Auf einer Podiumsdiskussion (1. Politischer Salon: „Dürfen die das - Oder wie viel Freiheit braucht die Kunst?“) im Theater Magdeburg am 19. September 2016, äußerte Gottfried Backhaus, AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, dass man auf die Auswahl der Stücke der Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt Einfluss nehmen wolle. Wie dies konkret geschehen solle, blieb er auf Nachfrage schuldig.

18 Vgl. 3sat Kulturzeit „Die AfD und die Kultur“, Sendung vom 29. April 2016. Dr. Hans-Thomas Tillschneider, promovierter Islamwissenschaftler, Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und Sprecher der Patriotischen Plattform der AfD.

19 Ebd.

20 Vgl. dazu Beitrag auf Deutschlandfunk: „Bloß keine streitbare Theaterlandschaft“ vom 18.12.2016, http://www.deutschlandfunk.de/afd-in-sachsen-anhalt-bloss-keine-streitbare.691.de.html?dram:article_id=374230

pädagogischen Anspruch zurückfinden. Das Theater dient der Nationalbildung.“²¹ Die Forderung der AfD, Einfluss auf die Spielpläne der Theater zu nehmen, verstößt klar gegen das Grundgesetz, denn es heißt in Artikel 5: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ Kunst und Kultur müssen weder Bekenntnisse ablegen, noch ästhetische Vorgaben oder Vorgaben zur Spielplangestaltung einer Partei beachten.

Die AfD verfolgt eine Strategie der Instrumentalisierung von Kunst und Kultur. Dieses Ansinnen der völkischen Beeinflussung von Kunst und Kultur erinnert an den Nationalsozialismus. Es war die Ideologie des Nationalsozialismus, die sich nach der Machtergreifung gegen die Moderne wandte, gegen alles, was als scheinbar „entartet“, „undeutsch“ und „dekadent“ erschien. Kunst und Kultur wurden in den Dienst einer „sittlichen Volks- und Staatsidee“ gestellt, Kunstwerke zensiert, aus Sammlungen entfernt und zu Tausenden vernichtet, Künstlerinnen und Künstler in ihrer Arbeit einschränkt, mit Berufsverboten belegt, verfolgt, und in die Emigration getrieben, wenn ihre Kunst nicht den politisch-ästhetischen Vorstellungen entsprach. Jüdische Künstlerinnen und Künstler wurden nicht nur aus diesen Gründen, sondern vor allem aus antisemitischen und rassistischen Kriterien mit Berufsverboten belegt, verfolgt und ermordet.

In der DDR der frühen 50er Jahren standen Kunst und Kultur erneut im Dienst des Staates. Im Rahmen der Formalismusdebatte beschloss das Zentralkomitee der SED im März 1951 der „formalistischen“ Freiheit der Kunst ein Ende zu setzen. Staat und SED forderten von den Künstlern sich von der Moderne in ihren Werken abzugrenzen und dem sozialistischen Realismus als ästhetisches Leitbild zu folgen. Künstlerinnen und Künstler, die das nicht taten, hatten mit Repressionen, Zensur, Publikationsverbot und weiteren Einschränkungen zu rechnen. Die Kulturpolitik der DDR unterlag verschiedenen Wellen von Repressionen und Entspannung.²²

Interessant in diesem Zusammenhang ist das Geschichtsbild der AfD. Es überrascht nicht, dass sie die Erinnerungspolitik der Bundesrepublik verändern möchte. In der Präambel des Wahlprogramms der AfD Sachsen-Anhalt heißt es: „Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“²³ Ähnlich heißt es im Grundsatzprogramm: „Die aktuelle

21 Ebd.

22 Aufgrund der Kürze des Beitrags können nicht alle Aspekte und Differenzen der Einflussnahme auf die Kunst des Nationalsozialismus und der DDR in den Blick genommen werden und müssen hier naturgemäß verkürzt und pauschalisiert erscheinen. Beide Diktaturen sind differenziert zu betrachten.

23 AfD Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S. 1.

Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“²⁴ Die Zeit des Nationalsozialismus als „Unglücksjahre“ zu bezeichnen, verharmlost den Holocaust und stellt die NS-Diktatur als fremdbestimmt dar. Das entspricht dem Diskurs der *Neuen Rechten*, die die Zeit des Nationalsozialismus als eine historische Epoche der deutschen Geschichte unter vielen betrachten möchte.²⁵ Die AfD verfolgt damit eine Strategie, nationalsozialistische Geschichte zu relativieren und Erinnerungskultur umzudeuten.

Die AfD verfolgt eine Strategie der Instrumentalisierung von Kunst und Kultur durch den Staat. Kunst soll Deutschland und deutsche Geschichte positiv darstellen und deutsche Identität fördern. Das würde Eingriffe in die Kunstfreiheit bedeuten, die verfassungswidrig sind.

24 AfD Grundsatzprogramm, S. 48

25 Vgl. David Begrich, Pascal Begrich: Volk – Nation – Identität. Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt. In: miteinander thema 3, 02/2016, S. 6

Kulturpolitische Praxis – Kulturmanagement

Das Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen ist in Sachen Kulturpolitik das ausführlichste und konkreteste in seinen Vorhaben. Es heißt, dass man sich „gegen einen normierten und nach reinem Verkaufswert zusammengezimmerten Kulturbegriff [wendet] ebenso wie gegen einen Verordnungsstaat, der durch Fördermittel und Auszeichnungen in die Kulturproduktion eingreift.“²⁶ Würden diese Forderungen umgesetzt, würde dies bedeuten, dass man jegliche Instrumente der Kulturförderung abschafft und die Kulturproduktion und kulturelle Entwicklung allein den Spielkräften des Marktes überlässt. Es wäre das Ende der derzeitigen Kulturlandschaft, denn Eintrittskarten für Oper-, Theater- und Orchesteraufführungen würden sich ohne öffentliche Fördermittel mehr als verzehnfachen und nur noch sehr wenigen Wohlhabenden zur Verfügung stehen. Diese Forderung steht allerdings in diametralem Gegensatz zu den im Anschluss folgenden Ideen wie freier Eintritt an einem Tag in alle Museen, Schlösser und Denkmale des Landes, der Modifizierung des Sächsischen Kulturräumgesetzes, der Unterstützung von Vereinen in Kultur und Sport – allerdings mit der Einschränkung, nur jene mit hohem Jugendanteil – und der Erhöhung der Mittel für den Denkmalschutz. Nicht erwähnt werden Theater und Orchester, Film- und Musikförderung, die freie Szene, die Gegenwartskunst oder Literaturförderung in Sachsen, die ebenso zur Kulturproduktion beitragen. Eine alleinige Konzentration auf den Erhalt von Denkmälern und historischer Kunst verweist auf ein konservatives und konservierendes Kulturverständnis. Interessant ist allerdings, dass man sich der Förderung der sorbischen Kultur widmet und die Stiftung für das sorbische Volk und ihre Förderinstrumente untersuchen will.

Widersprüchlich sind Aussagen wie „wenn wir uns wünschen, dass Menschen über eine möglichst große kulturelle Offenheit verfügen, wenn wir wollen, dass Menschen neugierig auf vielfältige kulturelle Angebote bleiben statt den formatierten und hoch-manipulativen Produkten von Privatradios, Musikindustrie oder serieller Seichtbelletistik auf den Leim zu gehen, dann müssen wir zu allererst in die musische und ästhetische Bildung der Kinder und Jugendlichen investieren.“²⁷ Wie dies allerdings

²⁶ AfD Sachsen Wahlprogramm 2014, Langfassung, S. 23

²⁷ AfD Sachsen Wahlprogramm 2014, Langfassung, S. 23

geschehen soll, wenn der Staat sich aus der öffentlichen Kulturförderung zurückziehen soll, bleibt unbeantwortet.

In allen Programmen finden sich nur wenige Aussagen zur öffentlichen Finanzierung von Kunst und Kultur oder zum Kulturmanagement. Im Entwurf des Grundsatzprogramm heißt es: „Wir halten ein gewisses Minimum an staatlichen Kultursubventionen für unumgänglich, die jedoch an die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Kulturbetriebe zu koppeln sind.“²⁸ Die Förderung von Kunst und Kultur an die Wirtschaftlichkeit und Profitabilität der Einrichtungen zu binden, würde entweder die Schließung der meisten öffentlich geförderten Einrichtungen – Theater und Orchester, Museen, Bibliotheken – bedeuten, da keine von ihnen ohne öffentliche Zuschüsse kostendeckend arbeitet, oder sie würden nur noch einer wohlhabenden Minderheit zur Verfügung stehen.

Im Thüringer Wahlprogramm der AfD findet sich hingegen die Aussage, dass „der Theaterbetrieb nicht zu einer überdimensionierten Event-Veranstaltung verkommen darf, der den Geschmack des Publikums und nicht die Aussage der Kunst zum Maßstab nimmt.“²⁹ Hier werden Positionen vertreten, die dem Publikum vorschreiben wollen was es (zu Erziehungszwecken) sehen soll und was nicht. Zu einem Eingriff in die Spielpläne der Theater und Orchester und der Bescheidung der Autonomie ist es da nicht mehr weit.

Im Wahlprogramm von Sachsen-Anhalt heißt es: „Kulturpflege gibt es nicht zum Nulltarif. Das Land muss einen Beitrag leisten, um zentrale Kulturstätten wie Theater und Konzerteinrichtungen, Museen und Denkmäler zu erhalten. Die in den letzten Jahren zusammengestrichenen Zuschüsse etwa zur Landesbühne Sachsen-Anhalt sind in voller Höhe wieder zu gewähren.“³⁰ Dies offenbart ein eklatant mangelndes Fachwissen, denn es gibt unter den öffentlich geförderten Theatern in Sachsen-Anhalt keine Landesbühne. Während die AfD Thüringen mit dem Gedanken spielt, die Autonomie der Theater und Orchester zu beschneiden, ist die AfD in Sachsen-Anhalt schon einen Schritt weiter und erhebt offen den Anspruch, Einfluss zu nehmen auf die Spielpläne der Theater und Orchester, um die „Identifikation mit dem Land anzuregen“. Im AfD-Grundsatzprogramm will man den „Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen“.³¹ Das gilt aber nur für die anderen Parteien. Die AfD fordert „gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen (zu) stärken und die Kulturpolitik generell an

²⁸ Aussage im Entwurf des Grundsatzprogramms enthalten, wurde danach gestrichen.

Vgl. hier: https://correctiv.org/media/public/a6/8e/a68ed5e4-32a8-4184-8ade-5c19c37ff524/2016_02_23-grundsatzprogrammentwurf.pdf

²⁹ Landtagswahlprogramm der AfD Thüringen 2014, S. 14.

³⁰ Landtagswahlprogramm AfD Sachsen-Anhalt, S. 20.

³¹ AfD Grundsatzprogramm, S. 48.

fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten aus(zu)richten.“³²

Alle öffentlich geförderten Kultureinrichtungen arbeiten nach der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte und die Fördermittelvergabe erfolgt nach fachlichen Qualitätskriterien. Die Forderung der AfD unterstellt, dass Fördermittel ohne Prüfung der Anträge vergeben würden. Was unter „ökonomischer Vernunft“ für den Kulturbereich zu verstehen ist, wird nicht weiter ausgeführt.

Sie lässt aufgrund ähnlicher Äußerungen die Vermutung aufkommen, dass Kunst- und Kulturprodukte sich allein auf dem Markt nach Angebot und Nachfrage „bewähren“ müssten. Das wäre das Ende der bisherigen öffentlichen Kulturfinanzierung und hätte die Schließung einer Mehrheit der Einrichtungen zu Folge. Öffentlich finanzierte Kultur einrichtungen, die ihre Angebote nach der Nachfrage auf dem Markt orientieren würden, ständen dann nur noch einem kleinen Teil der Bevölkerung zur Verfügung. Die AfD vertritt eine Kulturpolitik nur für Wohlhabende.

AfD will die Kulturlandschaft verändern, vertritt aber widersprüchliche Aussagen zur kulturpolitischen Praxis, da sich mal an Wirtschaftlichkeit und Refinanzierung orientiert werden soll und mal nicht oder mal Einfluss auf Theater und Orchester genommen werden soll und mal nicht.

32 Ebd.

Kulturpolitik in der parlamentarischen Praxis

Aufgrund des Stellenwertes von kulturellen Themen (Sprache, Identität, Heimatpflege etc.) in den Wahlprogrammen und im Selbstverständnis der AfD wäre zu erwarten, dass sie sich den Bereichen *Kultur* und *Bildung*, die insbesondere Länderaufgaben sind, mit besonderer Aufmerksamkeit und parlamentarischen Initiativen widmen würde.³³ In den parlamentarischen Initiativen (Anfragen, Anträge, Gesetzentwürfe) dominieren jedoch vor allem die Themen *Asyl*, *Einwanderung* und *innere Sicherheit*. Alle anderen Bereiche wie *Bildung*, *Kultur*, *Soziales*, *Umwelt*, *Landwirtschaft*, *Wirtschaft* und *Verkehr* sind in der parlamentarischen Arbeit unterrepräsentiert. Es wurde in allen Landesparlamenten, in denen die AfD bisher vertreten ist, nach Anträgen, Anfragen oder Veröffentlichungen für den Themenbereich *Kultur* recherchiert. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wurden nicht untersucht, da die AfD dort erst seit kurzer Zeit eine Fraktion im Landtag bzw. in der Bezirksverordnetenversammlung stellt. Eine Auswertung zeigt die folgende Tabelle (Stand Dezember 2016).

Im Landtag seit	Landtag	Kleine/Große Anfrage	Anträge	Anderes ³⁴
2014	Sachsen	3/1 ³⁵	1 ³⁶	0
	Thüringen	2 ³⁷	0	0
	Brandenburg	1 ³⁸	1 ³⁹	0
2016	Sachsen-Anhalt	40	0	0
	Baden-Württemberg	0	0	0
	Bremen	1	1	0
	Rheinland-Pfalz	7	2	0
	Hansestadt Bremen	0	0	0
	Hansestadt Hamburg	1	0	0

³³ Vgl. zur parlamentarischen Praxis der AfD in Sachsen. Miro Jennerjahn: Eine ernüchternde Bilanz. Die AfD im sächsischen Landtag. In: Die AfD vor den Landtagswahlen. Miteinanderthema #3, 02/2016, S. 14-16; sowie den Beitrag von Miro Jennerjahn im AfD-Dossier, <http://www.weiterdenken.de/de/2016/02/29/ein-jahr-afd-im-saechsischen-landtag>.

Dieses Ergebnis ist enttäuschend, aber auch folgerichtig, da sich die AfD nicht als eine Partei der parlamentarischen Arbeit versteht, sondern vielmehr im außerparlamentarischen und medialen Raum agiert. Viele parlamentarische Anfragen und Initiativen aus anderen Themenbereichen werden aus anderen Parlamenten inhaltsgleich übernommen.⁴¹ Die AfD bringt sich in die fachliche und sachorientierte Arbeit in den Ausschüssen der Landesparlamente nur sehr begrenzt inhaltlich ein.

-
- 34** Beispielsweise Fragestunde oder Aktuelle Debatte.
 - 35** Drei Kleine Anfragen und eine Große Anfrage beziehen sich auf das Sächsische Kulturrumgesetz und seine Evaluation. Sie wurden alle 2016 gestellt.
 - 36** Antrag zur Änderung der Landesverfassung zur Aufnahme der deutschen Sprache als Kulturgut in die Landesverfassung, Dezember 2016.
 - 37** Zur Theater- und Orchesterlandschaft, 2015.
 - 38** Antrag zum Denkmalschutz.
 - 39** Antrag zur Aktuellen Stunde „Kulturelle Identität in Brandenburg stärken“, April 2015.
 - 40** Zwei Kleine Anfragen des Abgeordneten Marcus Spiegelberg (AfD) zu Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges und Russlanddeutschen, Dezember 2016.
 - 41** Zu recherchieren u.a. über www.parlamentsspiegel.de. Ein besonderer Fall ereignete sich im Juni 2016 im Landtag von Sachsen-Anhalt als Abgeordneter Jan Wenzel Schmidt, AfD, eine 5 Jahre alte Anfrage der Abgeordneten Eva von Angern, DIE LINKE, inhaltsgleich übernommen hatte. Vgl. Plagiat im Landtag. AfD kopiert Anfrage der Linken, Mitteldeutsche Zeitung vom 16. Juni 2016. <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/landespolitik-sachsen-anhalt/plagiat-im-landtag-afd-kopiert-anfrage-der-linken-24242686>
Gleiches ist bei der sächsischen AfD-Landtagsfraktion zu beobachten gewesen, als 2013 einen Gesetzentwurf zu häuslicher Gewalt von DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern übernommen hat.

Zusammenfassung

Die AfD verfolgt in ihren kulturpolitischen Vorstellungen eine Strategie der Re-Nationalisierung von Kunst und Kultur und deren Re-Politisierung von Seiten des Staates. Dafür würde sie auch Eingriffe und Zensur in das Kulturleben befürworten. Es wird ein widersprüchlicher, aber immer ausschließender Kulturbegriff vertreten, der das Eigene („die deutsche Leitkultur“) überhöht und vom vermeintlich Fremden („Multi-Kulti“) abgrenzt. Die AfD offenbart ein monolithisches, statisches, ausschließendes und konservierendes Kulturverständnis, das einen weiten und pluralistischen Kulturbegriff („Multikulti ist gescheitert.“) ablehnt und stattdessen einen kulturalistischen Rassismus pflegt. Es werden völkische Positionen vertreten, die Minderheiten ausgrenzen und die sich gegen Vielfalt, Gleichberechtigung und Toleranz wenden. Die Forderungen und Vorstellungen im Bereich der kulturpolitischen Praxis sind ungeordnete und widersprüchliche Ansätze, die in der parlamentarischen Arbeit nur wenig bis gar keinen Niederschlag finden.

Autorin

Manuela Lück arbeitet als Referentin für Bildung, Kultur sowie Arbeit und Soziales bei der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt.

Sie hat Neuere und Neueste Geschichte, Germanistische Literaturwissenschaften und Journalismus in Berlin und Dresden studiert.

Impressum

Herausgeber: Hannah Eitel und Stefan Schönfelder, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden
Layout/Satz, Korrektorat: Antje Meichsner
Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle, 01067 Dresden
Erscheinungsdatum: Februar 2017
Redaktionsschluss: Sommer 2016
ISBN: 978-3-946541-19-6 (nur für dieses pdf)
Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:

info@weiterdenken.de

